

Bye-bye Bourgeois

Autor(en): **Schmid, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **92 (2012)**

Heft 997

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3 Bye-bye Bourgeois

Der Bourgeois trägt heute zerrissene Jeans und kauft bei Aldi ein. Jene, die ihn einst als Klassenfeind bekämpften, legen Wert auf Anzug und Krawatte. Die verkehrte Welt ist erklärbar. Und folgenschwer.

von Ulrich Schmid

Wer und was ist «bürgerlich» in Mitteleuropa? Beginnen wir bescheiden. «Bürgerlich» ist zunächst schlicht konzeptuelle Nothilfe. Seit das brave «rechts» vor ein paar Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch zu «rechtsextrem» mutiert ist, kommt der politische Diskurs ohne den Begriff «bürgerlich» ganz einfach nicht mehr aus. Verfassungstreue Demokraten können und wollen keine «Rechten» mehr sein, auch wenn sie sich vor ein paar Dezennien noch bedenkenlos als solche bezeichnet hätten. In einem Land wie Deutschland, in dem Rockmusiker, Stadtverwalter, Modemacher und Sportler Tag für Tag «gegen rechts» rocken, verwalten, Mode machen und Sport treiben, ist alles, was nicht links ist, bürgerlich.

Seit Jahrzehnten treten Sozialdemokraten und Linke in bürgerlichem Habitus auf.

Erklärt ist damit die erstaunliche Renaissance der Bürgerlichkeit allerdings noch nicht – und auch nicht, was unter der neuen Bürgerlichkeit zu verstehen ist. Hier wären wir beim Thema meiner kleinen Reflexion angelangt.

Die neuen Wutbürger

«Ich fordere meine Rechte als Bürger ein!», schrie im letzten Frühherbst vor dem Bahnhof Stuttgart ein junger Mann neben

mir. Kurze Hosen, lila Hemd, schwere Schuhe und einige ledrige und metallene Accessoires outeten ihn als Linksautonomen; er selber nannte sich ohne jeden Anflug von Selbstironie «Streetfighter». Was mich verwunderte: So saumässig böse und verschwitzt, wie er war, presste er sich doch diesen ausgesprochen steifen, braven, etwas deklamatorischen Satz ab. Die Form passte nicht zum Inhalt, und der Inhalt überraschte.

Ein Bürger wollte er also sein, einer von denen, die seine Eltern noch so leidenschaftlich bekämpft hatten? Eine Dame aus dem Nobelviertel Killesberg schaute den kurzbehosten jungen Mann neben ihr halb erschrocken, halb belustigt an; ihr gekräuselt Näschen bewies, dass sie schnupperte. Doch sie fand weder an ihm noch an seiner Parole etwas auszusetzen, und nach einer Weile steckten die beiden Gegner des Bahnhofumbaus die Köpfe zusammen wie alte Freunde.

Bürger, das Beispiel zeigt es, sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Stuttgart hat es nur am deutlichsten zutage gefördert: Grenzen zerfliessen, Definitionen zerfasern. Wo ein Streetfighter und eine Dame der Gesellschaft Seite an Seite als Wutbürger demonstrieren, muss sich Grundlegendes geändert haben.

Das Wichtigste: Bürger wollen heute fast all jene sein, die Politik machen. Sigmar Gabriel, der Chef der Sozialdemokraten, ärgert sich darüber, dass Christlichdemokraten und Liberale den Begriff «bürgerliche Parteien» für sich monopolisieren. Jürgen Trittin, der Fraktionschef der Grünen, stellt fest, es gebe heute nur

Ulrich Schmid

ist promovierter Politikwissenschaftler, Korrespondent in Berlin für die «Neue Zürcher Zeitung» und Autor der Romane «Aschemenschen» (Eichborn, 2006) und «Der Zar von Brooklyn» (Eichborn, 2000).

noch bürgerliche Politik. Ralf Dahrendorf besang kurz vor seinem Tod die traditionelle Bürgerlichkeit Baden-Württembergs und Hamburgs, betonte aber ebenfalls, das Bürgerliche sei «im Ganzen üblicher» geworden. Und hier passt auch die Form zum Inhalt. Seit Jahrzehnten treten Sozialdemokraten und Linke in bürgerlichem Habitus auf, in Anzug und Schlips, genauso wie die real existierenden Sozialisten in der DDR oder Chinas Kommunisten. Nicht in die Arbeiterkluft stürzt sich der Gesellschaftsveränderer, sondern in den klassischen Anzug des Kapitalisten, des Klassenfeinds.

Das ist schon bemerkenswert, wenn man bedenkt, wie schlecht beleumundet im Nachkriegsdeutschland der Bürger war. Für die Linke war er primär der stumpfe Kapitalist, der politisch allenfalls dann aktiv wurde, wenn er seinen Besitzstand in Gefahr wähnte. Natürlich gab es daneben auch den Citoyen, den unruhigen, intellektuellen, nicht notgedrungen wohlhabenden Bürger, der sich – als sozialdemokratischer Lehrer, als linksliberaler Geisteswissenschaftler, als «fortschrittlicher» Künstler – für ein transparentes Gemeinwesen engagierte. Bürgerlich nannte er sich nie, und statt von der Bürgergesellschaft sprach er von der Zivilgesellschaft, weil ihn dies der Aura des fetten, verachteten Wohlstandsbürgers entrückte. Er schätzte den Verfas-

sungspatriotismus, während ihm Vaterlandsliebe unmöglich war, und niemanden verachtete er mehr als den Kleinbürger.

Im Habitus war der Citoyen bereits in den 1950er Jahren durchaus unbürgerlich, mit Beginn der 1960er Jahre wurde er dezidiert antibürgerlich. Links sein hiess Bürgerschreck sein. Bügelfalte und Krawatte überliess man den Reaktionären; wenn Frauen in der Öffentlichkeit die Latzhose aufknöpften, um Babies zu säugen, rechneten sie im stillen mit der entsetzten Indignation der Spiesser und freuten sich. Die Achtundsechziger und später auch Linke und Grüne machten sich den Kampf gegen Bürgerlichkeit zur Lebensaufgabe. An die Zeit vor dem Krieg, in der der Unternehmergeist des Bourgeois mit der Liberalität des Citoyen noch glückliche Verbindungen eingehen konnte, erinnerte sich kein Mensch mehr.

Verschwundene Klasse

Heute hat sich der Schwerpunkt der deutschen Gesellschaft dramatisch nach links verschoben. Staatlich verordnete Solidarität und Gerechtigkeit sind moralische Pflichten, auch in einer zunehmend säkularisierten Lebenswelt. Die Unionsparteien, die Sozialdemokraten und die Grünen sind, wie der Historiker Paul Nolte eben festgestellt hat, zu einer «ideellen deutschen Gesamtpartei» verschmolzen. Als Aussenseiter, über die man sich, je nach Temperament, entsetzt oder mokiert, sind Linke und Liberale übriggeblieben. Botho Strauss stellt fest, es gebe keine Parteien mehr, nur noch Atomausstieger, Erhard Eppler findet, die alte Unterscheidung zwischen linken und rechten Parteien sei zehnmal aussagekräftiger als die zwischen bürgerlichen und nichtbürgerlichen. Als soziale Klasse ist das neue Bürgertum längst verschwunden, und da es schick ist, «von unten» zu kommen, grenzt man sich zu den letzten verbliebenen klar Nichtbürgerlichen äusserlich auch kaum noch ab. Zerrissene Jeans, Eisenteile und Tattoos trägt die Haute volée ebenso wie das politikverweigernde, an der Glotze hängende Prekariat, das allerdings, anders als die Integrierten

und Arrivierten, Kette raucht, bei Aldi einkauft, Biogemüse verachtet und den Kindern keine Märchen vorliest.

Das neue Bürgertum, so breit und diffus es sein mag, orientiert sich also mehr am Citoyen als am Bourgeois. Stärkt es damit nicht zwingend die Demokratie? Etwas Besseres als der aufgebraute, nach Beteiligung geradezu lechzende Bürger kann dem Gemeinwesen doch gar nicht geschehen.

Die These hat viele fasziniert, nicht zuletzt Nolte, der im Ruf nach neuen Beteiligungsformen bereits den «grössten Umbruch seit der Aufklärung» sieht. Das Schlagwort von der Politikverdrossenheit will Nolte nicht gelten lassen. Er glaubt, dass es den neuen Akteuren auf der politischen Bühne, den Piraten beispielsweise, gelingen wird, mit frischer, diskursiver Methodik die stetig zurückgehende Beteiligung am herkömmlichen Politikprozess aufzufangen und in diesem Prozess gewissermassen den neuen Bürger zu kreieren.

Das leuchtet ein. In der Ära der Knopfdruckumfrage, in der alle permanent aufgerufen sind, zu allem und allen ihre Meinung abzugeben, mag die Lust schwinden, alle vier Jahre auf einem Zettel ein Kreuz zu machen, um sich als Demokrat zu fühlen. Das Problem bei diesem Entwurf ist, dass er das Konzept der Verantwortung

Ein echter Bürger fordert nicht nur, er übernimmt auch die Verantwortung für seine Entscheide.

ausser acht lässt. Die Frage «Wer zahlt?» ist nicht populär; sie erinnert zu sehr daran, dass die «Mittel» eben nicht «bereitgestellt» werden, wie Politiker so gerne sagen, sondern zunächst erarbeitet werden müssen.

Zurück zum Wutbürger

Dass sich der Wutbürger vermehrt einbringen will, ist klar. Nicht klar ist, ob er auch bereit ist, für die Folgen seiner Ent-

scheidung einzustehen. Viele Deutsche, die neuen schwarz-rot-grünen Bürger an erster Stelle, wünschen sich mehr direkte Demokratie. Doch direkte Demokratie ist ohne echten Föderalismus weder sinnvoll noch praktikabel. Wirklich beteiligt, wirklich involviert ist erst der Bürger, der für seine Entscheide auch finanziell geradestehen muss. Solange aber Gemeinwesen – Bundesländer, Kommunen – nicht das Recht haben, autonome Volksentscheide zu treffen und sich durch direkte Besteuerung zu finanzieren, bleiben sie das, was Bundesländer und Kommunen im quasiföderalistischen Deutschland sind, nämlich Bittsteller beim Bund, der eifersüchtig sein Steuermonopol bewacht.

Die These sei gewagt: Ein echter Bürger fordert nicht nur, er übernimmt auch die Verantwortung für seine Entscheide. Nach Segnungen zu rufen, die andere bezahlen – nach generöser sozialer Unterstützung etwa oder nach dem Länderfinanzausgleich –, hat mit wahrer Bürgerlichkeit nichts zu tun. Sicher, die neuen, coolen Handlungs- und Artikulationsformen mögen zunächst «aktivierend» wirken. Doch ohne föderale Autonomie, ohne das Glück gelebter, direkter und vor allem verantwortungsvoller Demokratie bleiben sie Chimären, Pseudorechte, die letztlich nur Zuständigkeitsbereiche verwischen.

«Mehr Demokratie» ohne mehr Verantwortung könnte sogar gefährlich werden. Wenn das Bewusstsein dafür schwindet, dass mehr Rechte auch stets ein Mehr an Pflichten bedeutet, droht die schleichende Infantilisierung der Gesellschaft. Das Wissen darum, dass nur jener Bürger ist, der auch den Geldbeutel zückt, wenn er sich etwas leisten will, ist leider noch längst kein Allgemeinplatz. Es muss einer werden. Deutschland ist bis jetzt das Phänomen des Rechtspopulismus erspart geblieben. Gelingt es der neuen Front der breiten sozialdemokratischen Mitte nicht, ihren Wählern klarzumachen, dass sie für ihre Forderungen geradestehen müssen, in jeder Beziehung, könnte der Rechtspopulismus kommen. Er wäre das Ende der neuen Bürgerlichkeit. ◀